Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 80 Pf. monatl., 2.40 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 70 Pf. monatl., 2.10 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden und Schweiz. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme, Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Postscheckkonto Leipzig 636.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Bankkonto: { Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Bildl. 75/77. Deutsche Bank, Filiale Leipzig. Disc.-Kasse Grimm. Steinweg 6.

Postscheckkonto Leipzig 636.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Kürsten. Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 235. Donnerstag, den 9. Mai 1912. **106. Jahrgang.**

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 10 Seiten, die vorliegende Morgennummer 16 Seiten, zusammen

26 Seiten.

Das Wichtigste.

* Der Reichstag hat am Mittwoch u. a. die zurückgestellten Abstimmungen betr. Mischehen und Geschäftsordnungsanträge vorgenommen. (S. Bericht S. 9.)

* Die Sächsische Erste Kammer hat sich am Mittwoch mit Etatskapiteln und Petitionen beschäftigt. (S. Bericht S. 2.)

* Die Sächsische Zweite Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Etatkapitel Forsten und direkte Steuern erledigt. (S. Bericht S. 2.)

* Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die Beratung des Gesetzentwurfes zur Stärkung des Deutschtums (Besitzfestigungsgesetz) begonnen. (S. Bericht S. 10.)

* Nach einer türkischen Meldung haben die Türken auf Rhodus über die Italiener einen großen Erfolg errungen. (S. bes. Art. S. 1.)

* Theateranzeigen siehe Seite 16.

Personenwechsel.

—n. Nicht ganz ohne Sorge kann man dem bevorstehenden Personenwechsel im deutschen auswärtigen Dienst entgegensehen. Man denkt an die Erzählung vom Spatz in der Hand und der Taube auf dem Dache. Und die deutsche Position in der Türkei ist kein „Spatz". Soll man um der deutsch-englischen Freundschaft willen, die vielleicht ewig eine Illusion bleibt, reale Werte in der Türkei aufs Spiel setzen? Die deutsche Bevölkerung ist bei dem geplanten Diplomatenwechsel nicht teilnahmlos. Meist steht sie den Ernennungen neuer Gesandter oder dem Wohnungswechsel von Botschaftern ziemlich gleichgültig gegenüber; aber dafür hat sie doch ein Gefühl bekommen, was der ehemalige badische Staatsanwalt am Bosporus für Deutschland geleistet; es scheint doch noch etwas wie Dankbarkeit zu geben. „Der badische Staatsanwalt" sagten wir; man könnte auch vom ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts sprechen; aber dessen Dasein mit der Gegnerschaft der Agrarier, mit dem Tausch-Lützow-Prozeß ist fast mythisch geworden.

Marschall ist nicht bürgerlich und er ist nicht aus einem sogenannten praktischen Berufe, sondern aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen. Er entspricht also nicht ganz den Anforderungen, die gelegentlich von Reformern für den diplomatischen Dienst aufgestellt werden. Lookout, der Verfasser der glänzend geschriebenen Broschüre: „Englands Weltherrschaft und die deutsche Luxusflotte" hält jene Reformideen für eine Viertelswahrheit und spricht etwas spöttisch von der Möglichkeit, daß wir lauter Aelteste der Berliner Kaufmannschaft für den diplomatischen Dienst gewännen. Ein Körnchen Wahrheit erkennt immerhin auch Lookout an. Die Reformer sind sich wohl selbst noch nicht ganz klar über ihre Wünsche. Eine regellose Auswahl der Diplomaten aus Kaufmannschaft, Professorentum und Presse würde wahrscheinlich vor dem deutschen Ordnungssinn doch keine Gnade finden und auch mit der Hochachtung nicht in Einklang zu bringen sein, die man mit Recht bei uns vor den Fachleuten empfindet. Freiherr Marschall v. Bieberstein ist eben zum Fachmann geworden, wie der Gerichtsreferendar und Landwehrleutnant v. Bismarck es zu „einiger" diplomatischer Fachkenntnis gebracht hat.

Die englische und die französische Presse ergehen sich in Lobsprüchen auf die Bedeutung Marschalls. Nachdem heimische Kritiker die deutschen Diplomaten so schlecht gemacht haben, daß man sich nicht wundern dürfte, wenn kein Hund mehr ein Stück Brot von ihnen nähme, ist die fremde Anerkennung wohltuend. Aber auch verdächtig. Man kann überzeugt sein, daß sich an den Weggang Marschalls aus Konstantinopel starke englische und französische Hoffnungen knüpfen. Die Diplomatie beider Länder wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um Boden zu gewinnen. Als Herrn v. Marschall einst zum Vorwurf gemacht wurde, daß er während kritischer Zeit nicht in Konstantinopel weilte, soll er erwidert haben: „Was wollen Sie, Kiderlen war ja da". Der jetzige Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, damals Gesandter in Bukarest, galt eben als vorzüglicher Spieler auf dem Schachbrette des näheren Orients. Er wird aber nach allgemeiner Ansicht nicht Marschalls Nachfolger; Freiherr v. Wangenheim in Athen, über dessen Fähigkeit wir kein Urteil haben, soll bekanntlich dazu ausersehen sein. Von nicht unerheblicher Bedeutung für das Wirken dieses neuen Mannes am Bosporus und zugleich für die neue Aufgabe Marschalls ist, daß die Gründe seines Scheidens nicht entstellt werden. All den Ausstreuungen: Marschall selbst habe dringend seine Abberufung gewünscht, die deutsche Position sei erschüttert usw., muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden. Marschalls Kraft soll der schwierigen und ehrenvollen Aufgabe des Londoner Postens zugeführt werden, das ist der einzige Grund des bevorstehenden Wechsels.

Man braucht diese Zweckbestimmung nicht mit einer Unfreundlichkeit gegen den bisherigen Inhaber des Londoner Postens zu verbinden. Der Name des Grafen Wolff-Metternich hat in deutschen Landen einen recht guten Klang, seitdem die energischen Worte bekannt geworden sind, die er im Juli des vorigen Jahres an den englischen Minister des Aeußeren Grey richtete. „Er könne dem Minister nicht verhehlen, daß er mit zwei Maßen messe, einem Maß für Frankreich, einem anderen Maß für Deutschland", sagte er am 21. Juli 1911. Der Botschafter hat dann in den folgenden Tagen demselben englischen Minister erklärt: die deutsche Absicht, über englische Interessen oder Rechte zu verfügen, bestehe nur in der englischen Einbildung; drohende Warnungen würden Deutschland nur zum Festhalten an seinem Recht ermuntern. Wolff-Metternich hat im Auftrage der deutschen Regierung bekanntlich Beschwerde über die Ausnutzung der Rede Lloyd Georges durch die Presse geführt und Sir Edward Grey hat in öffentlicher Unterhaussitzung der Meinung Ausdruck gegeben, daß jene Mitteilung „außerordentlich steif im Tone" war. Es ist behauptet worden, daß es in diesen Unterredungen zu erregten Auftritten gekommen ist. Wir hätten keinen Anlaß, dem Grafen Wolff-Metternich einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er im Gespräche die persönliche Empörung über die damalige englische Politik hätte merken lassen; das deutsche Volk und der Reichstag verlangten eine entschiedene Abwehr des Auftretens englischer Minister; mehrere Politiker, die vordem die deutsche Regierung der Schwäche geziehen hatten, waren bereit, ihre Vorwürfe zurückzunehmen, als über das Verhalten Wolff-Metternichs Mitteilungen in die Oeffentlichkeit drangen. Doch ist damals ausdrücklich festgestellt worden, daß jener scharfe, persönliche Zusammenstoß nicht erfolgt ist.

Heute haben Deutschland und England miteinander ein Geschäft des Friedens zu vollziehen, aber dies Geschäft wird um so eher zustande kommen, je mehr Energie und Macht Deutschland dabei einzusetzen hat. Wenn Deutschland einen seiner besten, vielleicht den besten Diplomaten, den es hat, an diese Aufgabe wendet, so sieht das englische Volk, welche hohe Bedeutung von unserer Seite der Verständigung beigelegt wird. Wenn der deutsche Unterhändler, außer seinem Geschick und der bekannten deutschen Friedensliebe, auch noch die verbesserte deutsche Wehr in die Wagschale legen kann — wofür die nüchtern denkenden Engländer ein besonderes Verständnis haben werden —, so dürfte von deutscher Seite alles getan sein, um der durch den englischen Minister Haldane eingeleiteten, dann ins Stocken geratenen Verständigungsaktion einen günstigen Verlauf zu sichern.

Die Wahlen für die Organe der Angestellten-Versicherung.

Man schreibt uns:

Aus den Kreisen der Angestellten und Arbeitgeber gehen an der mit der Organisation der neuen Reichsversicherungsanstalt beschäftigten Stelle mancherlei Anträge ein, die sich auf das Wahlverfahren zu den Organen, insbesondere auf die Wahlen der Vertrauensmänner, beziehen. Dabei wird auch der Wunsch ausgesprochen, die Wahlen möchten auf einen Sonntag verlegt werden, um allen Angestellten die Teilnahme zu ermöglichen. Das Versicherungsgesetz für Angestellte hat aber Vorkehrungen getroffen, die jeden zu den Wahlen Berechtigten auch die Teilnahme sichern. Denn die Wahlen der Vertrauensmänner geschehen schriftlich. Dieses Wahlverfahren ist bei den Beratungen des Gesetzes im Reichstag eingehend erörtert worden. Es wurde geheime und zugleich schriftliche Wahl gewünscht. Beide Grundsätze sind aber naturgemäß nur in beschränktem Maße miteinander vereinbar. Denn die schriftliche Wahl setzt voraus, daß der Wählende seine Wahlberechtigung durch eine Legitimation nachweist. Als solche dient die Versicherungskarte, die allen Angestellten, auf welche sich die Versicherungspflicht bezieht, ausgehändigt wird. Diese Versicherungskarte muß also zusammen mit dem Stimmzettel innerhalb der festgesetzten Zeit an die mit der Wahl beauftragte Behörde eingesandt werden. Da dies die untere Verwaltungsbehörde — Landratsamt oder Magistrat — ist, die zur Geheimhaltung der Stimmabgabe des einzelnen verpflichtet ist, so wird das Prinzip der geheimen Wahl trotz des persönlichen Ausweises des Wählenden tatsächlich nicht gefährdet. Ein anderer Ausweg als die schriftliche Wahl war nicht möglich, weil bei der beschränkten Zahl der Wählenden die Einrichtung von Wahlbureaus — wie bei den politischen Wahlen — für jeden Ort innerhalb eines Kreises naturgemäß nicht durchführbar ist. Die nicht am Sitze der unteren Verwaltungsbehörde wohnenden Angestellten werden ihren Wahlzettel mit Rücksicht auf die beiliegende Versicherungskarte durch eingeschriebenen Brief einsenden müssen. Die hierdurch entstehenden Portoausgaben von 30 Pfg. sind nicht zu vermeiden, wenn jedem Angestellten die Möglichkeit der Wahlbeteiligung sichergestellt werden soll. Die Ausstellung der Versicherungskarten an die Angestellten dürfte nach Anmeldung der Betriebe während der Sommermonate erfolgen, die Wahlen der Vertrauensmänner werden im Herbst stattfinden. Nach ihrer Erledigung haben die gewählten Vertrauensmänner die Register für die Rentenausschüsse, für die Schiedsgerichte, für das Oberschiedsgericht und für den Verwaltungsrat zu wählen.

Deutsche Beziehungen zu Portugal.

Von Konsul Singelmann.

„Der deutsche Geschäftsträger hatte eine längere Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen", diese Bemerkung findet man jetzt recht häufig in den portugiesischen Zeitungen. Was geht vor? hört man fragen. Die Beweggründe können verschiedene sein, und läßt sich davon ein ganzes Bukett zusammenstellen. Da fehlt noch die Ernennung eines definitiven portugiesischen Gesandten in Berlin; denn wenn auch seit dem mit dem Sturze der Monarchie zusammenhängenden Fortgang des langjährigen tüchtigen Gesandten Visconde de Pindella in der Person des interimistischen Geschäftsträgers Antonio da Costa Cabral und des Generalkonsuls Alberto d'Oliveira Portugal seine Interessen in Berlin sehr vorteilhaft gewahrt sieht, so muß an die Stelle des nun anderthalb Jahr bestehenden Provisoriums doch endlich ein definitives Verhältnis treten, wie es in London und Paris schon seit geraumer Zeit ist. — Weiter steht zur Erwägung, wie Deutschland sich zur Einführung der beabsichtigten Zollzahlung in Gold in Portugal stellt, insbesondere ob tatsächlich Deutschland anderweitige Vergünstigungen erwartet, falls es von dem ihm durch eine Klausel des deutsch-portugiesischen Handelsvertrags von 1908 zustehenden Rechte, bei Einführung der portugiesischen Zollgoldzahlung den Vertrag kündigen zu dürfen, keinen Gebrauch macht. — Ferner kommt in Betracht, wie Deutschland sich den in Portugal beabsichtigten beiden Anleihen gegenüber verhält, einer kleineren für Eisenbahnbauten, einer größeren von angeblich über 200 Millionen Mark, die dem Vernehmen nach in England und Frankreich allein, wie es die größte Lissabonner Bank meint, untergebracht werden können, und wofür, wie es heißt, Garantien auf kolonialem Gebiet gegeben werden sollen, wobei die Zinsen und Amortisationen auf lange Jahre eine beträchtliche Rolle im Staatshaushalt Portugals spielen werden.

Weiter wäre in Erwägung zu ziehen, daß die portugiesische Deputiertenkammer sich in Kürze mit einem Gesetzentwurf befassen soll, der eine Eisenbahnverbindung in Kapspurweite von dem Südangola-Hafen Mossamedes nach dem deutsch-portugiesischen Grenzfluß Kunene vorsieht, zu welchem Zweck die bisher von Mossamedes aus auf 170 Kilometer fertiggestellte Staatsbahn in 60 Zentimeter Spurweite (also ebenso wie die Swakopmund-Otavi-Bahn) nunmehr verbreitert werden soll, und so über das gesunde und fruchtbare Hochland von Mossamedes zum Kunene über Humbe weitergeleitet wird, wodurch eine Eisenbahnverbindung zur Entwicklung des Nordens Deutsch-Südwestafrikas (Ovamboland und Kaokofeld) nach einem durchaus brauchbaren Hafen ebenso geschaffen werden soll, wie das englische Hinterland von Portugiesisch-Ostafrika die portugiesischen Häfen von Lourenzo Marques, Beira und die Zambesimündung zur Verfügung hat. Vielfach begegnet man in Portugal auch dem Gedanken, Mossamedes zum Freihafen für das deutsche Grenzgebiet zu machen. Es ist bei allen diesen Fragen natürlich wichtig, wer die Bahn baut, wie die Bahntarife sein werden, usw. Weiter steht auf der Tagesordnung die Anwerbung portugiesischer Ovambearbeiter, besonders von dem Kuanjama-Stamme, für Deutsch-Südwestafrika; die von der portugiesischen Regierung bereits bekanntgewordene Einrichtung von Zollstellen an den beiden deutsch-portugiesischen Grenzflüssen Kunene und Okavango; die Beseitigung der seit vielen Jahren vorhandenen Ungewißheit der Nordgrenze Deutsch-Südwestafrikas zwischen Kunene und Okavango; die beabsichtigte große Massenansiedelung russischer und anderer Juden auf dem gesunden Hochlande von Bihé, Caconda, Mossamedes im portugiesischen Grenzgebiet Deutsch-Südwestafrikas (zionistische Propaganda im Stile der kleinen Ansiedlungen in Syrien); die von sehr bedeutenden englischen Kapitalien in Aussicht genommenen großzügigen Unternehmungen auf den herrlichen Inseln St. Tomé und Prinzipe (Ankauf von Kakaoplantagen, die bisher die bedeutendsten Lieferanten für die 200 deutschen Schokoladenfabriken sind) und in Portugiesisch-Ostafrika (Bau von Eisenbahnen im Zambesigebiet). Kurz, es liegen so viel Punkte vor, die zwischen Deutschland und Portugal zu erledigen sind, daß die Mutmaßungen, worauf sich wohl die häufiger als früher gemeldeten Besprechungen zwischen der deutschen Gesandtschaft und dem portugiesischen Ministerium des Auswärtigen beziehen könnten, sich in den verschiedensten Richtungen bewegen.

In allen kolonialen und kaufmännischen Kreisen begegnet man stets dem lebhaften Wunsch, gründlicher als es bisher möglich war, über die Vorgänge in Portugal und dessen großem, noch sehr entwicklungsfähigen Kolonialbesitz unterrichtet zu werden, damit nicht Engländer und Franzosen vorwiegend dort allein das Fett abschöpfen. Wie das schon so oft betont ist, sollte Regierung und Kapital hier noch mehr Hand in Hand arbeiten, und bietet vielleicht die Lesung des Budgets im Reichstage Veranlassung, das Versäumte nachzuholen, was dringend wünschenswert wäre. Der Reichstag hat schon in einer Sitzung der Budgetkommission in den letzten Tagen des Januar 1909 seine Bereitwilligkeit hierzu bewiesen, indem sie sich wohlwollend zu einer Hamburger Petition an den Reichstag betreffs Förderung deutscher Interessen durch Entsendung eines auch auf kolonialem Gebiet bewanderten „Handelssachverständigen" äußerte. Die Institution dieser Sachverständigen entspringt bekanntlich einer Initiative des Reichstags selbst, und noch nie hat er bisher dafür seine Unterstützung versagt, obwohl die meisten der bisher ernannten 24 Sachverständigen nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, aus der Praxis genommen waren, sondern Theoretiker, die nur eine sehr kurze kaufmännische oder landwirtschaftliche Praxis aufweisen konnten, und bei deren Ernennung auch nicht immer genügend die Wünsche der Interessenten betreffs der Persönlichkeit des Hinauszusendenden, worauf sehr viel ankommt, eingeholt waren; während es auf der anderen Seite auch wieder Interessenten gibt, die eine solche Ernennung zu hintertreiben suchen, da sie nicht die Aufmerksamkeit weiterer deutscher Kreise auf ein Gebiet gelenkt sehen mögen, das sie für sich allein zur Ausbeutung reservieren möchten. Wie die Verhältnisse in Lissabon liegen, wo auch alle Fäden des kolonialen Lebens zusammenlaufen, kann nur auf das lebhafteste gewünscht werden, daß dieser Frage nähergetreten wird, zumal solche Sachverständige stets nur auf 2—3 Jahre fest engagiert werden, nicht in den Staatsdienst treten und daher auch nicht pensionsberechtigt sind. Seit dem Fortgang des langjährigen deutschen Gesandten v. Tattenbach aus Lissabon Ende 1908 konnten seine beiden Nachfolger, Prinz Ratibor und Freiherr v. Bodman, die sich mit großem Eifer der deutschen Interessen annahmen, einerseits aus leider unvermeidbaren Ursachen nur kurze Zeit persönlich auf ihrem Posten am Tejo anwesend sein, so daß auch jetzt ein Legationssekretär die Geschäfte versehen muß, wie schon zur Zeit der Umwälzung im Oktober 1910. Anderseits kann das deutsche Gesandtschaftspersonal gar nicht in Beziehung zu gewissen wichtigen Persönlichkeiten treten, mit welchen, da ein deutscher Berufskonsul in Lissabon nicht vorhanden ist, am besten ein „Sachverständiger" sich in Verbindung setzt, der auch gleichzeitig den spanischen Kolonialbesitz im Guineabusen mit bearbeiten könnte.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Kriegslage.

Die „Agenzia Stefani" meldet aus Rhodos vom 7. Mai:

Der Zerstörer „Ostro" hat im Hafen von Lindos den

Wali von Rhodos und seine beiden Sekretäre gefangen

genommen, als sie sich anschickten, die Insel zu verlassen. Der Wali und seine Sekretäre werden bei der ersten Gelegenheit nach Italien gebracht werden.

4 türkische Offiziere und 28 Soldaten haben sich den türkischen Vorposten ergeben. Die Haltung der Bevölkerung ist ruhig und achtungsvoll.

Aus Tripolis wird gemeldet:

Zur Vervollständigung der Befestigungen, die Tagiura mit Tripolis verbinden, haben am Dienstag zwei Züge und 30 Lastautomobile das erforderliche Material an Ort und Stelle transportiert. Die mit den Arbeiten beschäftigten Truppen wurden von einer Kavalleriebrigade sowie zwei Bataillonen Infanterie und einem Bataillon Askaris gedeckt. Die Arbeiten wurden nicht gestört.

Aus Benghasi wird vom 7. Mai gemeldet:

Eine kürzlich gebildete Truppe von Eingeborenen wurde am Dienstag früh zum ersten Male verwendet. In der Oase Gariaues stieß sie auf versteckt liegende Truppen von Beduinen und zerstreute diese, wobei sie Beweise großen Mutes ablegte.

Ein türkischer Erfolg auf Rhodus.

Aus Konstantinopel wird gemeldet:

Der Minister Talaat teilte privatim eine Depesche des Walis von Smyrna mit, in der gemeldet

Man beachte auch die Inserate in der Abend-Ausgabe.